

## Strategien zur Verhinderung von Privatisierung und Ausgliederung

*Einladung zur Konferenz der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken am Samstag, dem 25. September, Universität Kassel Holländischer Platz*

Liebe Kollegin, lieber Kollege,  
ein zentrales Element des Shareholderkapitalismus und der neo-liberalen Politik ist die Privatisierung aller Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere der Wasserversorgung, Gesundheitswesen, Bildung, Öffentlicher Personennahverkehr, Ver- und Entsorgung, u.v.a.m. Dabei geht es weltweit um Billionen Euro, die der privaten Akkumulation zugeführt werden sollen. Befördert wird dies durch die EU-Wettbewerbspolitik und die Bestrebungen der WTO zur Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen (GATS).  
Bei der Privatisierung der Sozialsysteme, wie Rentenversicherung, Gesundheitsversorgung oder gar der Bundesanstalt für Arbeit geht es darüber hinaus um die nachhaltige Verbilligung der Ware Arbeitskraft. Das Kapital will doppelt verdienen, einmal durch die Kapitalisierung öffentlicher Güter und durch massive Entlastung bei den Arbeitskosten. Darüber hinaus ist die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen die andere Seite des Sozialabbaus. Betroffen sind also nicht nur die Beschäftigten des ÖD, sondern auch große Teile der Bevölkerung. Es ist von grundlegender Bedeutung für die weitere gesellschaftliche Entwicklung, ob es dem Kapital und der politischen Klasse gelingt, diese öffentlichen Güter zu privatisieren und sie dem Markt und Wettbewerb unterzuordnen oder ob es uns gelingt dies zu verhindern oder gar Prozesse der Rekommunalisierung in Gang zu setzen.

Die gewerkschaftliche Strategie gegen Privatisierung und Ausgliederung ist widersprüchlich. Einerseits gibt es in vielen Städten und Gemeinden Gegenwehr, andererseits wird der Wettbewerbsgedanke anerkannt. „Wir müssen den öffentlichen Dienst wettbewerbsfähig machen, damit weniger privatisiert wird, oder wir müssen mitgestalten.“ Eine stabile Verteidigungslinie gegen die Vermarktung der öffentlichen Daseinsvorsorge wird jedoch nur möglich sein, wenn wir die Position vertreten, daß die öffentlichen Güter eben gerade nicht Markt, Wettbewerb und der Profitlogik unterliegen dürfen, weil sie zutiefst menschliche Grundbedürfnisse befriedigen müssen.

Über die grundlegende Strategie der Gewerkschaftslinken gegen Privatisierung und Ausgliederung wollen wir auf unserer Konferenz ausgiebig diskutieren. Ebenfalls wollen wir unsere Erfahrungen über die verschiedenen praktischen Ansätze von Gegenwehr austauschen. Auch internationale Erfahrungen, wie z.B. die aktuelle Auseinandersetzung um die Privatisierung der EDF, die von den französischen Kollegen/innen mit interessanten Arbeitskämpfen geführt wird. Auch die Bedeutung von sozialen Netzwerken soll auf der Konferenz diskutiert werden.

Deshalb würden wir uns freuen, wenn neben gewerkschaftlich aktiven Kollegen/innen im öffentlichen Dienst auch andere interessierte aus privaten Branchen oder Mitglieder in Gruppen und Initiativen der sozialen Bewegungen auf die Konferenz kommen.

Mit solidarischen Grüßen  
Der Arbeitsausschuss

### Programm

*Samstag 26. September*

*10:00 Uhr Begrüßung*

*10:15 Uhr*

*Ausmaß, Ursachen und Folgen der Privatisierung und Ausgliederung*

*Referent: Peter Hauschild*

*11:00 Uhr*

*Gewerkschaftspolitische Strategien gegen Privatisierung und Ausgliederung*

*Referent: Bernd Riexinger, Geschäftsführer ver.di*

*Stuttgart*

*Anschließend Diskussion:*

*13:00 - 14:00 Uhr Mittagspause*

*14:00 - 16:00 Uhr*

*Arbeitsgruppen*

*\* Erfahrungen mit Kämpfen und Auseinandersetzungen gegen Privatisierung*

*\* Die Bedeutung von sozialen Netzwerken*

*\* Finanzierung/Steuerpolitik  
Internationale Erfahrungen /  
Netzwerke*

## „Keine Alternative“? Die Linke findet eine

Das Bündnis für Beschäftigung, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit hat in vier Jahren keine Arbeitsplätze geschaffen; Unternehmer und Regierung haben sich nicht nur mit der Existenz einer riesigen Reservearmee abgefunden; sie wollen eine solche, um Arbeits- und Lebensbedingungen der noch in Arbeit stehenden Werkträgern weiter zu drücken und möglichst viele der sozialen Errungenschaften der gewerkschaftlichen Kämpfe rückgängig zu machen. Großfusionen, Produktionsverlagerung und Privatisierungen führen weiter zu Massenentlassungen. Auch in öffentlichen Unternehmungen werden sie durchgeführt und im öffentlichen Dienst. Nach wenigen anfänglichen kosmetischen Operationen wird das System der Sozialversicherung abgebaut und teilprivatisiert.

Wir erleben eine Kapitaloffensive auf allen Gebieten unseres Arbeitslebens; sie richtet sich gegen alle Werkträgern, die Millionen noch in Arbeit stehenden, die real 6 Millionen Erwerbslosen und die Millionen Sozialrentner. Als Begleitmusik

hören wir jeden Tag aus allen Medien: Zu dieser Politik des Sozialkahlchlags und Lohnabbaus, die sie unverschämt „Reform“ nennen, gibt es keine Alternative. Das ist die unverschämteste aller Lügen, die uns das eigene Denken austreiben soll. Unsere Gewerkschaften haben sich mit Forderungen nach kosmetischen Reparaturen an einigen Maßnahmen des radikalen Sozialabbaus begnügt. Die vollkommen berechtigten Ablehnung der

Regierungsagenda 2010 reicht nicht aus; wir müssen der arbeitenden Öffentlichkeit zeigen, daß es sehr wohl Alternativen gibt, für die es sich zu streiten lohnt.

Die in das „Bündnis“ eingebundenen freien Gewerkschaften haben häufig Unternehmerforderungen nachgegeben und die von dort vorgegebenen Lohnleitlinien voll eingehalten, nicht einmal den Verteilungsspielraum voll ausgenutzt. Die Tarifautonomie ist damit teilweise ausgehöhlt. Mit dieser Nachgiebigkeit wachsen die Forderungen der Unternehmer, z.B. nach Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit, oft ohne Lohnausgleich. Ein Teil der Gewerkschaftsführungen hat die Argumente der anderen Seite akzeptiert und arbeitet mit an der „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit“ des deutschen Kapitalismus. Sie entzieht sich damit der freiwilligen Selbstverpflichtung zur lohnpolitischen Solidarität mit den europäischen Gewerkschaften. Da die Gewerkschaften keine Gegenforderungen stellen, war das Bündnis faktisch die Kapitulation, die Fesselung unserer Organisationen. Nach dem stillen Begräbnis des zentralen Bündnisses ist der neue Schlager der Unternehmer: Betriebliche Bündnisse, mit denen die Unternehmer jede einzelne Belegschaft einschüchtern wollen, oder der offene Angriff auf die Tarifverträge, wie im öffentlichen Dienst.

### *Hauptpunkte von Gegenforderungen*

#### **1.Arbeitsbeschaffung ...**

durch Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich, Abbau der Überstunden, keine Arbeitszeitverlängerung, Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungs-

sektors zu Tariflöhnen zur Erfüllung der unerledigten öffentlichen Aufgaben in Schulen, Ausbildung, sozialen Diensten, Verkehr, Umweltschutz, sozialem Wohnungsbau. Abbau der Erwerbslosigkeit verbessert u.a. auch die Lage des Sozialversicherungssystems.

#### **2.Tarifpolitik ...**

##### **Ende der Bescheidenheit**

Wirkliches Ende der Bescheidenheit, Ausnutzung der gewachsenen und wachsenden Profite für die Durchsetzung der Forderungen der Tarifkommissionen. Dann können wir den Abbau der Überstunden besser verkraften, und der Binnenmarkt wird gestärkt. Ende der Entdemokratisierung der Tarifverhandlungen, Verteidigung des Tarifvertragssystems gegen Aushöhlung durch „Öffnungsklauseln“. Nur Flächen-tarifverträge sind wirkliche Tarifverträge. Nur aktive Tarifpolitik stärkt auch die Verhandlungsposition der Betriebsräte, die durch Drohungen mit Entlassungen und Betriebsverlagerung ständig unter Druck gesetzt werden. Nur kämpferische Gewerkschaften mit entsprechenden Strategien und modernen Kampfmethoden - unbedingt einschließlich von Streiks - schaffen den Betriebsräten Rückhalt bei betrieblichen Verhandlungen. Internationale Absprachen mit den EU-Gewerkschaften und zwischen Betriebsräten multinationaler Unternehmen sind notwendig, müssen aber auch von deutscher Seite eingehalten werden. Sonst wird „Wettbewerbsfähigkeit“ der deutschen Unternehmen zum Lohndumping der deutschen Werkträgern.

### **3. Verteidigung der Sozialversicherungssysteme**

Gegen Abbau der Renten und anderen Sozialleistungen (Krankenversicherung, Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe), Rücknahme der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und der begonnenen Privatisierung der Alterssicherung, Rückkehr zur paritätischen Finanzierung. Die Profite der Unternehmen lassen durchaus höhere Sozialversicherungsbeiträge als 20 Prozent zu. Zur Sicherung der Renten ist die Beitragsbemessungsgrenze zu erhöhen: Alle Arbeitsverhältnisse sind zur Beitragspflicht heranzuziehen. Versicherungsfremde Leistungen sind wieder dem Staatshaushalt zu übertragen.

### **4. Verlagerung von Betrieben verhindern ...**

Die Verlagerung von Betrieben muß durch neue Strategien - ähnlich denen französischer Werkstätiger - verhindert werden. „Sozialpläne“ und Vorruhestand sind kein Ausgleich für Massenentlassungen.

### **5. Schluß mit der Privatisierung öffentlicher Dienste, ...**

die den Kapitalisten gesellschaftlich erarbeitetes Kapital übergibt und ihnen neue Profite ermöglicht. Sicherung der öffentlichen Grundversorgung: Schulen, Krankenhäuser, Wasser, Strom, öffentlicher Verkehr.

### **6. Genug Geld ...**

Für diese dringenden Aufgaben am Arbeitsmarkt ist genügend Geld da bei der Regierung wie bei den Unternehmen. Notwendig ist eine andere Steuerpolitik und andere Prioritäten bei den Staatsausgaben: Statt Umrüstung der Bundeswehr auf weltweite Einsätze höchste Priorität für Arbeitsbeschaffung und Verbesserung der sozialen und kulturellen Dienste und des

öffentlichen Verkehrs, verbesserte Finanzierung der wachsenden Aufgaben der Kommunen. Schluß mit den Steuer geschenken an die Unternehmen und die großen Vermögenden.

### **7. Innere Demokratie**

...und Wiederherstellung des kämpferischen Charakters unserer Gewerkschaften.

### **8. Intensive Zusammenarbeit...**

der Gewerkschaften mit den Betriebsräten der alten und besonders der neuen EU-Mitgliedsländer für Erhaltung und Verbesserung der Lohn-, Arbeits- und Sozialversicherungsbedingungen. Wer in der BRD arbeitet, gehört in unsere Gewerkschaften und muß von den Unternehmen zur Sozialversicherung angemeldet werden.

### **9. Gegen Rechtsradikalismus**

Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit bedrohen unsere demokratischen Rechte und Freiheiten. Sie bedrohen die Solidarität der Arbeitenden. Deutsche und ausländische Werkstätige haben die gleichen Interessen. Die Gewerkschaften müssen in der BRD und in der EU für gleiche Arbeitsbedingungen eintreten und für internationale Solidarität. Dazu gehören Aufklärung und aktiver Schutz unserer ausländischen Kolleginnen und Kollegen. Nicht sie nehmen unsere Arbeitsplätze weg, sondern die Profitgier der Kapitalisten.

### **10. Keine Bündnisse**

Das Bündnis für Arbeit verhinderte die souveräne Vertretung der Interessen der Werkstätigen, nimmt den Gewerkschaften ihren Wesensinhalt als unsere Interessenvertretung. Zu uns gehören die Erwerbslosen und Rentner, die Scheinselbständigen und die Arbeitenden der „Neuen Ökono-

mie“. Die Gewerkschaften müssen wieder Vertreter der Klasseninteressen aller Werkstätigen in Deutschland werden. Daher: Schluß mit allen „Bündnissen“ - in den Betrieben oder auf Bundesebene.

Durchschlagskraft wird ein Alternativprogramm, dessen Grundzüge hier skizziert sind, nur entwickeln, wenn es auch Ansätze einer grundlegenden Kritik an der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise enthält, deren Destruktivkräfte grundlegend in Frage stellt und den Fetisch von Markt, Wettbewerb und Profitmaximierung entzaubert. Es ist eine wichtige theoretische Aufgabe der Linken, die grundlegende Kritik am Kapitalismus auf die Höhe der Zeit zu bringen. Eine andere Politik ist möglich und notwendig gegen die zunehmende Arroganz und Brutalität des Kapitalismus.

*Bernd Riexinger/  
Theodor Bergmann*

## Siemens - ein Konzern greift an

*Von München bis Rostock - bundesweit demonstrierten am Freitag, den 18. Juni, Siemens-Beschäftigte gegen die Konzernpläne die Arbeitszeit zu verlängern, die Gehälter zu senken und Tausende von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer zu verlagern.*

Das Programm reichte von innerbetrieblichen Aktionen und Betriebsversammlungen bis hin zu Kundgebungen und Demonstrationen. Bereits Anfang Mai hatten in den meisten Siemens-Betrieben außerordentliche Betriebsversammlungen stattgefunden, auf denen über die Verlagerungspläne der Konzernführung debattiert wurde. Nach Berechnungen der IGM und des Gesamtbetriebsrates würden ca. 70.000 Arbeitsplätze in der Bundesrepublik vernichtet werden, wenn die Unternehmensstrategie nicht durchkreuzt wird. Siemens macht sich zum Vorreiter in Sachen Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich und Kürzung der Gehälter: zur Sicherung der Arbeitsplätze in Deutschland, wie Siemens Boss v. Pierer sagt. Er wolle nicht tatenlos zusehen, wie die Arbeitsplätze aus Deutschland verschwinden. „Einer muß jetzt der Kuh die Schelle umhängen“, beschreibt er seine Rolle. Er brauche nicht nur einsichtige Betriebsräte, sondern verantwortungsbewußte und handlungsfähige Gewerkschafter.

„Arbeitszeit-Rambo mit Lizenz zum Job killen“ - titulierte ein Transparent die Siemens-Strategie auf der bundesweiten Siemens-Konferenz der IGM am 14. Mai in der Nürnberger Meistersingerhalle. Etwa 400 Betriebsräte, VK-Leiter und Funktionäre der Verwaltungsstellen aus allen Siemens-Standorten waren zu dieser ersten derartigen Konferenz der IGM und der ersten im Siemens-Konzern gekommen. Bei dem Treffen in der Meistersingerhalle saß

der Vorstand der IG Metall zum ersten Mal mit dem Siemens Gesamtkonzern-Betriebsrat und den betrieblichen Funktionären an einem Tisch. Die schlechende Arbeitsplatzvernichtung bei Siemens, die existenziellen Probleme an gefährdeten Standorten wie Bocholt, Kamp-Lintfort und Bruchsal und die skandalösen Offshoring-Pläne des Konzerns, die in Deutschland bis zu 70 000 Mitarbeiter betreffen, gemahnen zum Handeln.



Berthold Huber, 2. Vorsitzender der IG Metall, beschrieb die Bedeutung des Konflikts mit den Worten: „Wir stehen bei Siemens vor einer Auseinandersetzung, deren Ausgang für einzelne Standorte, für alle Beschäftigten und für die IG Metall weitreichende Bedeutung hat.“ Er bezeichnete es als unsozial“ und „ökonomisch falsch“, daß Siemens, wie kein anderes Unternehmen, seinen Heimatstandort in Frage stellt. Weder wird der Standort Deutschland mit einer generellen 40-Stunden-Woche gerettet, noch wird Lohnverzicht die Arbeitsplätze erhalten, betonte er. Er sagte: „Wenn ein Unternehmen eine falsche Philosophie verfolgt, können tarifpolitische Zugeständnisse diese Verlagerungswelle nicht aufhalten“. Er kritisierte den „blinden Verlagerung-Tourismus“ als

untaugliches Mittel, um Management-Fehler wettzumachen, bot aber die Gewerkschaft als Partner für den Erhalt von Arbeitsplätzen an. Er schlug den Siemens-Management baldige Gespräche über eine Vereinbarung zur Sicherung des Standorts Deutschland vor und forderte, daß Siemens, für jeden einzelnen Standort, den das Unternehmen für bedroht hält, alle Informationen auf den Tisch legt und sich bereit zeigt, ein

Lösungskonzept zu entwickeln. Ein Aushebeln des Tarifvertrages sei mit der IGM nicht zu machen. Allerdings sei die IGM immer zu Problembezogenen Lösungen bereit. Der Tenor der meisten Diskussionsbeiträge war eindeutig: Tarifpolitische Zugeständnisse können Offshoring nicht aufhalten.

Gegen die geplante Arbeitszeitverlängerung müsse entschiedener Widerstand entwickelt werden. Als gefährlicher Dammbreach wurde die Vereinbarung kritisiert, die im Werk Bocholt für 200 Mitarbeiter des Handy-Services getroffen worden ist. Über einen Ergänzungsvertrag ist die 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich und der Verzicht auf

*Liebe Kollegin,  
lieber Kollege,  
heute erhältst Du die zweite Ausgabe des Infos der Gewerkschaftslinken. Bitte teile uns baldigst Deine e-mail-Adresse mit, damit wir Dir auch die folgenden Ausgaben des Info zustellen können.*

*Die Herausgeber*

Urlaubs- und Weihnachtsgeld vereinbart worden. Betriebsrat und IGM hatten sich der Erpressung des Konzerns gebeugt, der gedroht hatte die Arbeitsplätze nach Ungarn zu verlagern, wenn die Arbeitskosten nicht um 25 % gesenkt würden. Der Bocholter Betriebsrat verteidigte sich gegen die Kritik und deutete an, daß er auch künftig zu Kompromissen bereit sei, um Arbeitsplätze zu erhalten.

„Nachgeben ist keine Lösung“, war die Botschaft der Konferenz. Der bundesweite Aktionstag am 18. Juni war eines der Ergebnisse. Denn nur wenn es Druck aus den Betrieben gibt, werden die Gespräche zwischen IGM und Konzernleitung in die richtige Richtung gehen.

Die von Huber benannte Konfliktlinie, den „sozialen rheinischen Kapitalismus“ gegen den „Shareholder-Kapitalismus“ zu verteidigen, ist seit einigen Jahren gegenstandslos. Der Sozialstaatskompromiss ist vom Kapital längst aufgekündigt. Siemens ist ein beredtes Beispiel dafür.

Notwendig ist der Aufbau und die Entwicklung von Widerstand gegen die Offensive des Kapitals. In diesem Widerstand werden die Gewerkschaften nur erfolgreich sein, wenn sie sich nicht darauf beschränken, wie Huber sagt, zum „rheinischen Kapitalismus“ zurück kehren zu wollen, sondern wenn der Widerstand mit grundsätzlicher Kritik an der kapitalistischen Profitlogik verbunden wird.

## Sich wehren lohnt sich!

### *Die Auseinandersetzung mit den Forderungen der Bosch-Führung*

Seit Mitte 2003 führt der neue Bosch-Chef Fehrenbach, kaum hat er seinen Posten als Vorstandsvorsitzender eingenommen, einen unablässigen Kampf auf allen Ebenen, um bei Bosch die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich einzuführen. Nicht etwa weil es dem Unternehmen schlecht ginge; die 2003er Bilanz kann man in Gold rahmen, sämtliche wichtigen Kennzahlen - Umsatz, Cash-flow, Gewinn vor und nach Steuern, Investitionen, Marktdurchdringung - zeigen nach oben. Der Kauf der Unternehmen Buderus letztes Jahr und Sigpack (eine Schweizer Verpackungsmaschinen-Firma) konnte problemlos aus den jährlichen Überschüssen finanziert werden.

Das ist aber nicht genug; Bosch hat ein ehrgeiziges Projekt „Profit 05“ vor und will die Umsatzrendite bis zum Jahr 2005 auf 7 - 8% steigern. Im Jahr 2003 wurden 5% mit großem Druck erreicht, ein Wert, der auf normalem Wege bisher nie realisiert wurde. Weitere 2% in 2 Jahren zu erreichen, wäre ohne schwere Opfer der Belegschaft kaum möglich.

Klar ist, daß Fehrenbach die 40 Stunden nicht leicht bekommt, denn die Bosch-Belegschaften sind selbstbewusst. Allerdings hat praktisch jeder Standort in den letzten Jahren seine Kompromisse gemacht; mal teilweise Verrechnung der 5 Minuten Akkordpause je Stunde mit Maschinenstillstandszeiten, mal Zustimmung zu regelmäßiger Arbeit am Wochenende in einem Bereich, mal Verzicht auf die Gewinnbeteiligung. Bei einem Autozulieferer heißt es bei jedem Anlauf eines neuen Produktes: Betriebsrat, auf was verzichtest Du, um die jeweils neueste Fertigung zu bekommen?

Bei Bosch Leinfelden wollte Bosch eigentlich gar nicht verhandeln, sondern ohne Federlesens ca. 150 Arbeitsplätze nach Sebnitz in Sachsen verlagern, um von dort wiederum eine andere Fertigung in ein Niedriglohnland zu verlegen. Die Beschäftigten fanden sich damit aber nicht ab. Aus Verzweiflung unterschrieben fast alle Arbeiter auf Veranlassung durch einige Vorgesetzte die Aussage, sie wären bereit, entsprechend Fehrenbachs Forderung ohne Lohnausgleich 5 Stunden mehr zu arbeiten, wenn sie dadurch ihre Arbeitsplätze retten würden. Der Arbeitgeber antwortete mit einer Provokation: nur wenn außerdem noch auf weitere 7,5 % Einkommen verzichtet würde, würden 35 Arbeitsplätze erhalten, 115 sollten trotzdem wegfallen. Ergebnis wurde die größte Mobilisierung von Boschlern seit 1993; Bosch-Beschäftigte aus der ganzen Region bis hin zum Allgäu, Südbaden und Sebnitz kamen in über 70 Bussen nach Leinfelden, Kollegen von Daimler und umliegenden Betrieben schlossen sich an, insgesamt 5500 Kolleginnen, voran die Leinfeldener selbst, demonstrierten in einem großartigen Erlebnis die gemeinsamen Stärke. Die Belegschaft fasste Mut. Bei Versuchen der Leitung, sie in kleinen Inforunden zu bearbeiten und dem Betriebsrat dort das Wort zu verbieten, verließ eine Schicht den Raum, die folgende Spätschicht ging sofort in Warnstreik. Die Initiatoren der Unterschriftensammlung stellten laut fest, daß sie an der Nase herumgeführt worden waren.

Eine entscheidende Rolle spielte ein Gutachten des IMU-Instituts, ein gewerkschaftsnahes Forschungs- und Beratungsinstitut, das nachwies, daß die Kostenvergleiche zwischen Leinfelden und China an allen möglichen Punkten hinkten. Inzwischen hat Bosch auf die Verlagerung der Fertigung aus Leinfelden und Sebnitz verzichtet - ein Sieg, den Bosch nicht lange so stehen lassen wird, aber von dem aus die Belegschaft gestärkt in folgende Auseinandersetzungen gehen wird.

Hauptangriffspunkt ist nun Feuerbach, wie es Fehrenbach von Anfang an wollte, ein traditioneller Kampfbetrieb der IG Metall. Der Einsatz ist höher als in Leinfelden; es geht um ein Vielfaches an Arbeitsplätzen, die 2006/2007 durch Auslauf alter Produkte entfallen werden - eine Lücke, die nicht leicht zu schließen ist. Die Leitungen weltweit und in Feuerbach drohen, den Dieselpartikel-Filter nur dann in Feuerbach in die Großserie gehen zu lassen, wenn alle 11 000 Feuerbacher Beschäftigten ohne mehr Lohn zur 40-Stunden-Woche zurückkehren. Der Betriebsrat zeigt sich gesprächsbereit und konzentriert sich daneben darauf den Beschäftigten klar zu machen, daß ihnen um des reinen Profits willen

ohne Not riesige Verzichtleistungen abverlangt werden sollen. Die Behauptungen der Leitung, Produkte aus Deutschland seien nicht konkurrenzfähig, werden entkräftet. Daneben werden Zeitkonten angesammelt, die die künftigen Arbeitsausfälle ausgleichen sollen. Zur Zeit werden aufgrund hoher Auftragsbestände Überstunden über das ganze Wochenende gefahren - die Produktionsbeschäftigten erleben ständig, dass sie unentbehrlich sind.

Zuvor haben die ProduktionsarbeiterInnen bei früheren Perioden der Unterbeschäftigung erfahren, daß eine Betriebsvereinbarung über Arbeitszeitverkürzung, bei Bedarf unter 35 Stunden, ihnen eine Arbeitsplatzgarantie brachte. Warum sollten sie da der Leitung glauben, daß nun auf einmal Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverlängerung gesichert werden sollen - jeder kann ausrechnen, wie viele Arbeitsplätze dadurch wegfallen würden.

Wenn Produktionsrückgänge eintreten, wird man erkennen, ob die Überzeugungsarbeit von IG Metallern und Betriebsrat erfolgreich war oder die Erpressungsversuche greifen. Wir hoffen auf die Stärke und Erfahrung unserer Kolleginnen und Kollegen.

**Gertrud Moll**



Bis jetzt kann man feststellen: Das publizistische Trommelfeuer, mit dem die Firma auf allen möglichen Ebenen die unbezahlte Arbeitszeitverlängerung anstrebt, hat die Bosch-Belegschaften nicht sturmreif gemacht. In Leinfelden hat die Firma ihre Position überzogen und musste den Rückzug antreten. Allerdings sollte man nicht darauf hoffen, daß sie diesen Fehler wiederholt. Entscheidend wichtig ist weiterhin, daß in den lokalen Betriebsräten wie im Gesamtbetriebsrat und in der IGM-Ortsverwaltung die elementare Solidarität in Notlagen da ist und bis hin zum Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Konflikte mit der Unternehmensleitung nicht gescheut, sondern ausgetragen werden.

Anmerkungen zum Text  
Generalangriff ...siehe Seite 7

- 1) Der Text dieses Entwurfs liegt der Redaktion vor.
- 2) concession bargaining = taifvertraglich-betriebliche Vereinbarung verschlechterter Standards
- 3) appeasement  
Beschwichtigungspolitik der brit. Regierung, die mit dem Münchner Abkommen 1938 die Nazis beschwichtigen zu können meinte

## Gegen den Generalangriff des Kapitals - unsere schärfste Waffe eine Unterschriftensammlung?

Nur mit Blindheit geschlagene erkennen es nicht: die ArbeiterInnen und Angestellten und ihre Gewerkschaften haben es zur Zeit mit den bisher aggressivsten Angriffen der Unternehmer auf sämtliche erreichten Lohn- und Arbeitszeitstandards zu tun. Mit einer offensichtlich konzertierten Kampagne zur Verlängerung der Arbeitszeiten arbeiten Kapital, Politik und öffentliche Arbeitgeber mit aller Gewalt daran, die Uhr um Jahrzehnte zurückzudrehen. Im öffentlichen Dienst wird versucht, in den vermeintlich nicht kampffähigen Bereichen Fakten zu schaffen. In der Metall-Tarifrunde war zwar noch im Frühjahr 2004 der grosse Coup von GesamtMetall gescheitert, pauschale Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnkürzung per Tarifvertrag durchzusetzen. Die ständig anwachsende Gegenmobilisierung der Metallerbasis hatte dies verhindert. Seither wird versucht, im Häuserkampf, Betrieb für Betrieb, den Widerstand zu brechen. Federführend in dieser Kapitaloffensive sind offenbar nicht die kleinen und mittelständischen Betriebe, sondern Flaggschiffe der deutschen Industrie wie Siemens, Bosch und DaimlerChrysler(DC). Kein Standort dieser Konzerne, an dem zur Zeit nicht versucht würde, mit Verlagerungsdrohungen Konzessionen wie z.B. Arbeitszeitverlängerungen durchzusetzen. Daß die mit dem Pforzheimer Tarifabschluss von der IG Metall zugestandenen Öffnungsklauseln für verlängerte Arbeitszeiten von den Unternehmern für diese Erpressungskampagnen begierig aufgegriffen werden, war zu befürchten. Zum Fürchten für die Metallerbasis in den Betrieben ist mittlerweile auch, wie bereitwillig sich einflussreiche Betriebsratsvorsitzende aus der Autoindustrie wieder instrumentalisieren liessen. Bereits 2003 im Ost-Streik für die 35-Stunden-Woche waren die öffentlichen Äusserungen der GBR-Spitzen von Opel und

DaimlerChrysler ein höchst unsolidarischer Akt gegenüber den Streikenden gewesen. Im März 2004 war die Tinte unter dem Tarifvertrag noch kaum trocken, als der GBR-Vorsitzende von DC, Erich Klemm, in allen Medien der Republik die Einführung der 40-StundenWoche für rund 20000 DC-Beschäftigte in den Werken Untertürkheim, Sindelfingen und der Konzernzentrale in Aussicht stellte. Der Entwurf eines gemeinsamen Schreibens von DC-Vorstand und DC-Gesamtbetriebsrat an die IG Metall Bezirksleitung<sup>1</sup> mit der Aufforderung, dem so zuzustimmen sollte im Eilverfahren, ohne breite Diskussion in gewerkschaftlichen Gremien, in den örtlichen Betriebsräten durchgepeitscht werden. Glücklicherweise provozierte sowohl die beabsichtigte Arbeitszeitverlängerung als auch die Vorgehensweise massiven Widerspruch an der gewerkschaftlichen Basis in der Stuttgarter Region. Der in den Medien wohlinszenierte Vorschlag der GBR-Spitze für Arbeitszeitverlängerung konnte deshalb mindestens bei DC noch nicht erfolgreich umgesetzt werden. Allerdings hat er in der Fläche enormen Schaden angerichtet und jedem Unternehmer für sein betriebliches Erpressungsprogramm Argumente frei Haus geliefert: „Was bei Daimler mit Segen des Betriebsrats geht, muß doch auch bei uns möglich sein...“  
Erinnern wir uns: auf die Niederlage im Oststreik 2003 folgte die Branchen übergreifende Offensive der Unternehmer für Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich. Erst die dynamisch anwachsende Massenmobilisierung in den Warnstreiks im Frühjahr setzte dieser Kampagne ein vorläufiges Ende. Was einmal mehr gezeigt hat, daß nur die Entwicklung, Steigerung und Anwendung von Kampfkraft die

Kräfteverhältnisse verändern und die Kapitaloffensive stoppen kann. Steilvorlagen von Spitzen-IG Metallern wie Erich Klemm dagegen helfen den Unternehmern erneut, ihre Offensive fortsetzen und verschärfen zu können. Wer sich als Gewerkschafter auf die Logik der Standortkonkurrenz einlässt, wer statt auf Mobilisierung auf „concession bargaining“<sup>2</sup> setzt, hat noch nicht verstanden wie tiefgehend der Angriff des Kapitals ist. Diese Position wird die Unternehmer nicht besänftigen, sondern ermutigen, ihre Erpressungsstrategie immer aggressiver umzusetzen. Die Siemens-Belegschaften haben damit bereits ihre Erfahrungen gemacht - und mit ihrem Aktionstag am 18.6. als 25000 auf der Straße waren - Schritte in die richtige Richtung eingeleitet. Jetzt hat der „Sozialpartner“ des DC-Gesamtbetriebsrats, DC-PKW-Vorstand Jürgen Hubbert angekündigt, daß tarifvertragliche Standards zur Disposition gestellt werden müssen - „aus Kostengründen“, was übersetzt heißt: zur weiteren Erhöhung der Nettokapitalrenditen. Die Kapitaloffensive mit ihren Speerspitzen Daimler, Siemens, Bosch, VW ist mit „appeasement“ -Politik<sup>3</sup> nicht zu bremsen, geschweige denn zu stoppen. Sowenig wie die Zerstörung der Sozialsysteme mit einer Unterschriftensammlung.

Das „Arbeitnehmerbegehren“ für eine andere Politik“ kann deshalb nur dann eine Funktion haben, wenn es eingebettet und genutzt wird für ein Konzept, betriebliche Aktionen und Streiks vorzubereiten. Als Ersatzaktivität, ohne eine klare Aktionsorientierung, wird es keine Wirkung entfalten. Aus einem einzelnen Aktionstag muß eine gewerkschaftliche Politik werden, die überall, koordiniert und Branchen übergreifend auf Kämpfe gegen die Aggression von Kapital und Politik hinarbeitet.

**Tom Adler**

## Ver.di Linke bundesweit konstituiert

Auf der Gründungskonferenz am 26.-27. März 2004 haben sich bundesweit 60 Kollegen/innen getroffen und vereinbart, künftig zusammen zu arbeiten. Auf dem Treffen wurde über das Selbstverständnis der ver.di Linken diskutiert. Wir zitieren aus der verabschiedeten Erklärung: „Als ver.di Linke eint uns, bei Anerkennung aller ideologischen und politischen Unterschiede, die Kritik an einem Gesellschaftssystem, dass die Verwertungsbedingungen des Kapitals über die Interessen der Menschen stellt. Dabei gehen wir davon aus, dass Politik im Interesse der Bürger nur durchgesetzt werden kann, wenn mehr Menschen als bisher in die Auseinandersetzung über die Zukunft unserer Gesellschaft einsteigen. Deshalb kommt der Mobilisierungsfähigkeit unserer Organisation eine zentrale Bedeutung zu. Als Mitglieder und FunktionärInnen in ver.di kommen wir zusammen, um in zentralen

Fragen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung Position zu beziehen und diese weiterzuentwickeln. Damit leisten wir einen Beitrag zur programmatischen und politischen Weiterentwicklung von ver.di. Wir haben die Einschätzung, dass ver.di sich in einer politischen Krise befindet und nur durch eine politische Neu- bzw. Umorientierung aus dieser Krise herauskommt. Aus diesem Grunde treten die Diskussionen über Budget- und Strukturfragen in den Hintergrund.

Als ver.di Linke verstehen wir uns als aktiver Teil der Gewerkschaftslinken in der Bundesrepublik. Wir rufen dazu auf, in den einzelnen Regionen aktive Kolleginnen und Kollegen für den Koordinierungskreis zu benennen. Bisher sind 16 Kolleginnen und Kollegen aus 8 Landesbezirken hierfür benannt. Der Koordinierungskreis trifft sich am Rande der „Anti-Privatisierungskonferenz“ vom 25.09.04.

Auf der Konferenz wurden neben einer Einschätzung über die Situation bei ver.di über die Weiterführung der Proteste gegen Sozialabbau und über zentrale Fragen der Tarifpolitik diskutiert. Im Vordergrund stand dabei die Frage der Modernisierung der Tarifverträge des öffentlichen Dienstes, die insgesamt 6 Millionen Menschen betreffen. Einer Verlängerung der Arbeitszeit, der Aufweichung des Kündigungsschutzes und der Einführung von Niedriglohngruppen wurde eine klare Absage erteilt.

Es wurde ein bundesweiter Koordinierungskreis gebildet und eine Homepage eingerichtet. Die ver.di-Linke will im Arbeitsausschuss der Initiative der Gewerkschaftslinken mitarbeiten und hat Helmut Born als Vertreter delegiert.

## Über die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Im April 1999 trafen sich in Oberursel/Ts. ca. 140 GewerkschafterInnen aus der Bundesrepublik und gründeten die INITIATIVE ZUR VERNETZUNG DER GEWERKSCHAFTSLINKEN: Vorausgegangen war eine einjährige Debatte in verschiedenen regionalen Foren und in den Zeitschriften „Sozialismus“ und „express“. In Oberursel war ein repräsentativer Teil der Gewerkschaftslinken zusammengekommen, VertreterInnen aus den regionalen Gewerkschaftsforen Stuttgart, Frankfurt, Hannover, Mannheim, Ruhrkoordination, Chemiarbeitskreis, Automobilkoordination, oppositionelle Betriebsgruppen, der beiden Zeitschriften usw.

Für die Kontinuität der Arbeit wurde ein bundesweiter Arbeitsausschuss gegründet. Dieser Arbeitsausschuss setzt sich aus Vertretern der Gruppen etc. zusammen. Zur Zeit sind es folgende Gruppen – in Klammer die Person(en), die diese Gruppe vertreten:

- AG Betrieb und Gewerkschaft der PDS (Holger Grünwedel)
- Attac (Werner Rätz)
- Auto-Koordination (Tom Adler, Wolfgang Schaumberg)
- Berliner Gewerkschaftslinke (Markus Dahms, Stefan Müller)
- Chemiekreis (Hans-Werner Krauß)
- DIDF -Föderation der Demokratischen Arbeitervereine e.V. (Serdar Derventli)
- Euromarsch (Angela Klein)
- Forum gewerkschaftliche Gegenmacht Wiesbaden (Jakob Schäfer)
- Forum Kölner GewerkschafterInnen mit BISS (Thies Gleiss)
- Forum Linke Gewerkschafter Ost-Westfalen-Lippe (Fritz Ludwig, Rainer Johanterwage)
- Frankfurter Forum (Edwin Schudlich)
- Gewerkschaftsforum Hannover (H. Brückner)
- Gewerkschaftsforum Hanau (Friedhelm Winkel, Thomas Amm)

- Gewerkschaftspolitisches Forum des Parteivorstandes der DKP (Wolfgang Teuber)
- Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen
- LabourNet Germany (Mag Wompe)
- Münchener Gewerkschaftslinke (Hans-Peter Gase, Christiaan Boissevain)
- Netzwerk für eine kämpferische und demokratische verdi (Dieter Janßen, Stephan Kimmerle)
- Ruhrkoordination (Rolf Euler, Wolfgang Schaumberg, Willi Scherer)
- Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschafter (Bernd Riexinger, Sybille Wacker, Matthias Fritz)
- Zukunftsforum Gewerkschaften Rhein-Neckar in Mannheim (Erwin Bürckmann)
- Verdi-linke (Helmut Born)
- express“ (Kirsten Huckenbeck)
- „Sozialismus“ (Richard Detje)
- Sekretariat der Initiative: Heinz-Günter Lang / Ewald Wehner

Vernetzung kostet Geld. Kongresse, Rundschreiben und Arbeitsgruppen der Vernetzungsinitiative müssen finanziert werden. Unser Spendenkonto: Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung e.V. (AFP e.V.) Offenbach Postbank Frankfurt a.M. Kto.Nr. 16830-607 BLZ 500 100 60 Wenn Spendenbescheinigung gewünscht wird, dann diese bitte gesondert anfordern.



## Die Offensive zur Arbeitszeitverlängerung abwehren! Den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit organisieren!

Auf breiter Front unternehmen die „Arbeitgeber“ Vorstöße zur Verlängerung der Arbeitszeit. Einen richtigen Schub bekamen ihre Bemühungen, als im letzten Jahr die IG Metall-Führung in Ostdeutschland schmachlich einknickte und den Angriffen von Gesamtmetall nichts mehr entgegengesetzte.

Seitdem vergeht kaum ein Monat, in dem nicht Arbeitszeitregelungen gekündigt werden. Bei der diesjährigen Metalltarifrunde wurde sogar der Lohnabschluss an die weitere Durchlöcherung nicht gekündigter Bestimmungen zur 35-Stundenwoche gekoppelt.

### *Erosion des Flächentarifvertrags*

Das Pforzheimer Verhandlungsergebnis (für die Metall- und Elektroindustrie) vom 12.2.04 legte unter Punkt 3 die Annahme von zwei Anlagen fest, mit denen im hochqualifizierten Bereich oder in Betrieben mit „Innovationsbedarf“ die 13%- bzw. 18%Regelung überschritten werden darf und bis zu 45% (50%) der Belegschaft 40 Stunden arbeiten dürfen. Verhandlungen sollen aufgenommen werden, damit Langzeitkonten nicht mehr abgefeiert werden müssen. Dass es dabei nicht nur um geduldiges Papier ging, hat Personalvorstand Feig von DC ausgeführt: „Mit diesem Vorstoß sind wir bei den Gewerkschaften in die Tabuzone 35-Stunden-Woche gestoßen [...] Allerdings hätten wir das, was jetzt in der Tarifvereinbarung geregelt wurde, ohne den Tabubruch nicht erreicht [...] Wir haben den gesamten Katalog der Mindestnormen geöffnet. Wenn es die wirtschaftliche Situation des Betriebes erfordert, können sämtliche Standards auf Absenkung überprüft werden, nicht nur die unentgeltliche Verlängerung der Arbeitszeit...“ (Stuttgarter Nachrichten, 28.2.04).

Danach kam es Schlag auf Schlag: Dutzende von Firmen im Metallbereich nahmen Verhandlungen zur Arbeitszeitverlängerung (von Teilen oder ganzer Belegschaften) auf: DaimlerChrysler, Siemens, Bosch, Mahle. Aber auch in anderen Bereichen, wie etwa bei dem Automobilzulieferer Continental (Hannover), der in den Zuständigkeitsbereich der IG BCE fällt, wird inzwischen länger gearbeitet oder laufen entsprechende Verhandlungen. Die Frankfurter Rundschau vom 21.5.04 schreibt: „In der Tarifrunde konnte man den Konflikt um die Verbetrieblichung der Tarifpolitik wie in einem Brennglas studieren“, stellt Reinhard Bispinck vom Gewerkschaftsinstitut WSI rückblickend fest: Die Metallarbeitgeber forderten mit Verweis auf den härter gewordenen internationalen Konkurrenzkampf eine umfassende Öffnung und Flexibilisierung der Arbeitszeitbestimmungen. Nach harten Auseinandersetzungen einigten sich die Metalltarifparteien auf einen deutlich erweiterten konditionierten Spielraum für die betriebliche Arbeitszeitgestaltung. „Erstmals gibt es damit flächendeckend für die Metallindustrie eine umfassende Öffnungsklausel mit bestimmten Verfahrensvorschriften, die grundsätzlich eine Unterschreitung der Tarifstandards zulässt.“

Die abnehmende Tarifbindung, die zunehmenden weißen Flecken auf der tarifpolitischen Landschaft und die offenkundige Durchsetzungsschwäche der an Mitgliederschwund leidenden Gewerkschaften trügen dazu bei, daß zu dem tarifpolitischen Konzept der kontrollierten Dezentralisierung keine Erfolg versprechende Alternative in Sicht sei. In mehreren hundert Öffnungsklauseln in Tarifverträgen für 80 Wirtschaftszweige mit 15 Millionen Beschäftigten sei der Beleg

für eine weit fortgeschrittene Dezentralisierung und Flexibilisierung der (Flächen-)Tarifverträge erbracht. Laut WSI gibt es in jedem vierten Betrieb Beschäftigungssicherungsvereinbarungen...’

### *Dambruch im Öffentlichen Dienst?*

Nach dem erklärten Willen verschiedener Ministerpräsidenten soll nun der ÖD endgültig alle Dämme brechen und Vorreiter für eine generelle Arbeitszeitverlängerung sein. Mit dem Beschluss der Länder-Ministerpräsidenten vom 25.3.04, nach den Beamten jetzt auch für alle neu einzustellenden Arbeiter und Angestellten die Arbeitszeit auf 41 bzw. 42 Stunden pro Woche zu erhöhen, soll laut Stoiber ein „Signal für die Arbeitszeitpolitik in Deutschland“ gesetzt werden (ddp 27.3.04). Der Bild am Sonntag erklärte er am 28.3., jede Beförderung solle an die Bereitschaft für eine längere Arbeitszeit geknüpft werden. Und der öffentliche Dienst werde mit längeren Arbeitszeiten „Vorreiter für andere Wirtschaftsbereiche“. Dass dabei - ganz logisch - Arbeitsplätze wegfallen ist erklärtes Ziel. Sparen auf Kosten der Beschäftigten wie auch der BürgerInnen, die öffentliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen wollen. In Bayern will man erreichen, daß in fünf Jahren drei Viertel der beim Land Beschäftigten 42 Stunden arbeiten, was einen Abbau von 5700 Stellen zur Folge hätte. Auf Bund und Länder hoch gerechnet wären dies mehr als 100 000 Stellen. Dabei kann noch nicht mal jeder/jede die Arbeitszeit verlängern, um Gehaltseinbußen zu vermeiden.

Eine teilzeitbeschäftigte Landesbeamtin in Hessen etwa verliert - so sie z.B. wegen Kinderbetreuung auf ihrer Arbeitszeit besteht - 11 Prozent ihres Einkommens. Das Handelsblatt schreibt am 26.3.04: „Das reine Symbol der Arbeitszeitverlängerung... scheint ihnen [den Ministerpräsidenten] so wichtig, daß sie dafür die greifbare Chance einer radikalen Modernisierung des gesamten Tarifrechts im Staatssektor auf Spiel setzen.“ Aber bisher ist nicht ersichtlich, daß ver.di endlich die Verhandlungen zur „Modernisierung des Tarifrechts im Öffentlichen Dienst“ platzen läßt. Im Gegenteil, ihr Tarifexperte Kurt Martin erklärte auf der Sondersitzung der Bundestarifkommission für den ÖD am 2. April in Stuttgart:

„Es ist sehr bedauerlich, wenn sich die TDL [Tarifgemeinschaft deutscher Länder] nun mit ihrer destruktiven und politisch verfehlten Entscheidung aus dem Prozess der Neugestaltung verabschiedet. Aber ich betone nachdrücklich, daß wir dennoch auf jeden Fall den Prozess der Neugestaltung mit allen jenen fortsetzen werden, die weiterhin konstruktiv und zukunftsorientiert daran mitwirken wollen. Insofern bin ich sehr froh, daß sowohl Herr Oberbürgermeister Stüber für die VKA als auch Bundesinnenminister Schily für den Bund

in diesen Tagen noch einmal bestätigt haben, daß auch sie weiter daran festhalten, mit ver.di die Gestaltung des neuen Tarifrechts für den öffentlichen Dienst erfolgreich zu Ende zu bringen.“

### *Gefährlichkeit nicht unterschätzen*

Völlig verfehlt ist die Strategie, die darauf abzielt, die Gegenseite von der Nützlichkeit kurzer Arbeitszeiten zu überzeugen (IGM) oder sich auf die Rechtsberatung für (noch) gültige Tarifverträge zurückzuzie-

hen (ver.di). Auf der ver.di-Homepage etwa heißt es unter der Überschrift: „Achtung Crashkurs“: „Schon zeichnet sich ab, daß ver.di in diesem Konflikt wächst: Gerade bei den Ländern stoßen derzeit viele neue Mitglieder hinzu. Mit Bund und Kommunen arbeitet ver.di weiter daran, das Tarifrecht für den öffentlichen Dienst neu zu gestalten. Gelingt das Werk, dann sehen die Scharfmacher bei den Ländern bald ähnlich alt aus wie die überholten Tarifverträge.“ (Hermann Schmid, seit 7.5.04 auf der ver.di-Homepage). Gerade so, als ob die „Arbeitgeber“ im ÖD mit Zugeständnissen zu besänftigen wären. Bund und Kommunen haben bisher nur aus taktischen Gründen nicht die Arbeitsbestimmungen gekündigt. Sie wollen zuerst noch mit der „Prozessvereinbarung“ Zugeständnisse erlangen, um dann die KollegInnen im ÖD besser abschlagen zu können. Wenn sich die Gewerkschaft bei den anstehenden Auseinandersetzungen nicht als handlungswillig und durchsetzungsfähig erweist, werden in kürzester Zeit weit mehr Mitglieder die Organisation verlassen, als jetzt in dem (bisher sehr schlecht organisierten) Bereich Länder dazu stoßen. Ein gewaltiger Aderlass droht, denn „verzichten kann ich auch alleine“.



In die gleiche politische Kerbe wie Stoiber und Co. haut auch Clement mit seinem erneuten Vorstoß zur Abschaffung der Ladenschlussbestimmungen an Werktagen. Alle wissen, dass rund um die Uhr geöffnete Geschäfte nicht die Konjunktur

ankurbeln können. Aber es geht darum, politisch-ideologisch der Flexibilisierung des Einsatzes der Ware Arbeitskraft zum großen Durchbruch zu verhelfen. Gelingt das, sind in der Industrie längere und v. a. flexiblere Maschinennutzungszeiten durchzusetzen, was sehr wohl Auswirkungen auf die Profitrate hätte. Kabinett und Kapital haben nichts mehr und nichts weniger als die völlige Dispositionsfreiheit über die Verwendung der Ware Arbeitskraft im Auge. Das ist nicht nur unmittelbar profitträchtiger. Es brauchen auch insgesamt weniger Arbeitskräfte „vorgehalten“ werden, so daß allein dadurch viele Arbeitsplätze wegfallen würden und sich das gesellschaftliche Kräfteverhältnis weiter zu unseren Ungunsten verschieben würde. Vor diesem Hintergrund ist der Kurs des 2. Vorsitzenden und Verantwortlichen für die Tarifpolitik der IG Metall, Berthold Huber, geradezu verheerend. Nicht nur lehnt er jeden Kampf um eine Arbeitszeitverkürzung ab, ja er redet noch der Flexibilisierung das Wort.

### *Gesellschaftliche Auseinandersetzung*

Dem Trend zu Verlängerung und Flexibilisierung der Arbeitszeit abwartend oder nur appellierend zuzuschauen wird der großen Verantwortung nicht gerecht, vor der die Gewerkschaften heute stehen. Es geht den Unternehmern

um eine grundlegende Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Eine Arbeitszeitverlängerung um eine Stunde für alle Lohnabhängigen würde mindestens 800 000 Stellen kosten.

Umgekehrt würde die Verkürzung der Arbeitszeit um 5 Stunden (bei vollem Entgelt- und Personalausgleich) rechnerisch mindestens 4,5 Millionen Stellen schaffen. In den Gewerkschaften muß endlich ein Kampfprogramm zur Verkürzung der Arbeitszeit durchgesetzt

werden. Das „Arbeitnehmerbegehren“ der IG Metall ist sicherlich eine gute Gelegenheit, Politik in die Betriebe zu tragen und die zentralen gesellschaftlichen Themen zum Gesprächsstoff unter den Kolleginnen zu machen. Hier hätte die Diskussion um die Verkürzung der Arbeitszeit als Antwort der Gewerkschaften auf die Massenarbeitslosigkeit ihren Platz. Tragen wir sie selbst dort hinein.

### Ziele

Wir sollten uns für folgende Ziele stark machen:

\* Ein guter Öffentlicher Dienst ist nur zu bewerkstelligen mit ausreichend Personal.

Stellenkürzungen der Vergangenheit sind rückgängig zu machen. Schluß mit den Verhandlungen zur Reform des Tarifrechts!

\* Umverteilung der Arbeit auf alle Hände! Arbeitszeitverkürzung in großen Schritten bei vollem Entgelt- und Personalausgleich und unter definierten Arbeitsbedingungen. Nur so kann verhindert werden, daß die gleiche Arbeit in kürzerer Zeit geschafft wird. Schon die Abwehr der gerade laufenden und in nächster Zeit noch zu erwartenden Angriffe wird nur in einem breiten Bündnis gelingen. Erst recht gilt dies bei einem Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit.

„...einen Konflikt in bisher nicht gekanntem Ausmaß“

Dies jedenfalls kündigte ver.di-Vorsitzender Bsirske am 2.4.04 in der Frankfurter Rundschau an. In der Tat: Die Gewerkschaften müssen den Stier bei den Hörnern packen und in einer breiten Front gemeinsam aktiv werden. Auch die Bereiche müssen in die Aktivitäten einbezogen werden, die (bisher) noch nicht mit Forderungen nach Arbeitszeitverlängerung konfrontiert wurden. Ist von den Gewerkschaftsvorständen eine solche Politik zu erwarten? Alle Erfahrung der letzten Jahre lehrt, daß sie versuchen werden, den Konflikten aus dem Weg zu gehen. Jede Gewerkschaft wird dann einzeln abgeschlachtet.

## Aufruf zur Herbstkampagne 2004

An alle Beteiligten an den europäischen Protesttagen gegen Sozialabbau am 3. April 2004

*Von Beteiligten am Bündnis "Alle gemeinsam gegen Sozialkahltschlag" (Demo am 1.11.03 in Berlin) und dem Vorbereitungskreis der Aktionskonferenz (17./18. Januar 04 in Frankfurt)*

*Bernd Riexinger: bernd.riexinger@verdi.de*

*(Vernetzung der Gewerkschaftslinken, GF Ver.di Bezirk Stuttgart)*

*Sabine Leidig: sabine.leidig@attac.de*

*(Attac, Schwerpunktgruppe "Genug für alle")*

*Willi van Ooyen: frieden-und-zukunft@t-online.de*

*(Friedens- und Zukunftswerkstatt)*

*Michael Köster mkoester@web.de (Rhein-Main-Bündnis)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde

Die Großdemonstrationen am 3. April 2004 waren ein voller Erfolg, der jedoch nicht verpuffen darf. Politiker der Regierung und Opposition zeigten sich zwar beeindruckt, betonten aber, dass sie an ihrem grundsätzlichen Kurs festhalten wollen. Arbeitgeberverbände forcieren ihre Angriffe auf die Tarifverträge, insbesondere die Arbeitszeit. Es ist ein Versäumnis, dass sich die bundesweiten Organisationen nicht bereits vor dem 3. April darauf verständigt haben, wie es danach weiter gehen soll mit den Protesten. Es fehlt eine gemeinsame Orientierung von allen am Bündnis für den 3. April beteiligten Gruppen, Verbänden und Personen.

Damit keine gewollte oder ungewollte Sommerpause entsteht,

wollen wir eine bundesweite Kampagne mit Zuspitzung im Spätherbst anstoßen, in die wieder alle (und möglichst noch mehr) eingebunden werden sollen und die örtliche Bündnisse stärken soll.

Diese Kampagne ist Bestandteil einer langfristigen Auseinandersetzung, ob und in welcher Weise unsere Grundinteressen auf ausreichende Löhne und Sozialleistungen durchgesetzt werden können. Diese Frage stellt sich weltweit.

Wir wollen die Rücknahme der Agenda 2010, den Sozial-, Bildungs- und Lohnabbau stoppen und ihn nicht sozialverträglich mitgestalten. Der Frankfurter Appell bietet eine gute Grundlage für die Herbstkampagne. Diese soll die neue soziale Bewegung stärken und eine bessere Ausgangsposition für die nächsten Runden schaffen.

Nur wenn die Aktiven, v. a. also die Linken in Betrieb und Gewerkschaft eigenständig Druck machen und in örtlichen Bündnissen (über die Gewerkschaften hinaus) Mobilisierungen in Gang setzen, kann es gelingen, die Vorstände der Gewerkschaften zu größeren Aktivitäten zu zwingen. Gelingt dies nicht, droht eine gesellschaftliche Niederlage großen Ausmaßes. Bringen wir also Unruhe in den Betrieb und auf die Straße!

Und: Wird endlich wieder der Kampf um eine spürbare Verkürzung der Arbeitszeit aufgenommen und werden auf diesem

Gebiet wieder Erfolge erzielt, dann kann der seit langem anhaltende Trend der Schwächung der Gewerkschaften wieder umgekehrt werden. Nur dann können die Gewerkschaften ihre Nützlichkeit beweisen. Eine daraus resultierende Änderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse käme all denen zu gute, die am Kampf für eine menschlichere Gesellschaft interessiert sind.

**Jakob Schäfer,  
Forum gewerkschaftliche  
Gegenmacht, Wiesbaden**

# Herbstkampagne 2004

## Die Themen

Die Kampagne hat das Ziel, die Bundesregierung mit konkreten Forderungen zu konfrontieren. Die Forderungen müssen geeignet sein, sowohl Beschäftigte als auch weitere Bevölkerungsgruppen anzusprechen und zu mobilisieren. Aus verschiedenen bisherigen Diskussionen haben sich dabei folgende mögliche Zuspitzungen bzw. Themenfelder heraus kristallisiert:

### Reichtum besteuern!

Rücknahme der Gewinnsteuersenkungen, keine weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer und Wiedereinführung einer Vermögenssteuer!

### Weg mit Hartz IV!

keine Zumutbarkeitsverschärfungen für Arbeitslose und Beibehaltung der Arbeitslosenhilfe. Statt dessen gesetzlicher Mindestlohn und Existenzsicherndes Grundeinkommen.

### Weg mit den Praxisgebühren...

und Zuzahlungen bei der Gesundheitsreform, keine Ausgliederung von Krankengeld und Zahnersatz/Zahnbehandlung aus der Krankenversicherung. Statt dessen eine einheitliche gesetzliche Krankenversicherung, in die alle für alle einzahlen. Aufhebung von Beitragsbemessungs- und Pflichtversicherungsgrenzen.

Schluss mit Privatisierung! Statt dessen öffentliche Daseinsvorsorge und Bildung für alle verbessern.

### Rentenkürzungen stoppen

keine weitere Verschlechterung der gesetzlichen Altersversorgung. Dazu kommt noch die Forderung, die auch in die Tarifauseinandersetzungen Anfang 2005 hineinwirkt: keine Verlängerung der Arbeitszeit! Statt dessen deutliche Arbeitszeitverkürzung.

Die Forderung nach Einführung von Vermögenssteuer und Rücknahme der Unternehmenssteuerreform ist exemplarisch für die Heranziehung großer Vermögen und von Kapitalbesitz zur Finanzierung des Gemeinwesens. Die übrigen Forderungen sprechen sowohl Beschäftigte als auch Arbeitslose, RentnerInnen und andere Bevölkerungsgruppen an und sind geeignet, sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den Betrieben und Organisationen breiten Zuspruch zu finden. Der Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit ist nicht nur eine tarifpolitische Angelegenheit, sondern muss als gesellschaftspolitische Auseinandersetzung geführt werden. Hier geht es nicht nur um die Vernichtung zahlreicher Arbeitsplätze, sondern auch um die Frage, wie Arbeiten und Leben miteinander verbunden werden können. Das berührt auch die Rolle der Frauen und die Verteilung zwischen den Geschlechtern. Es geht darum, neben den Beschäftigten zivilgesellschaftliche Gruppen anzusprechen und zu mobilisieren.



Selbstverständlich reicht es nicht aus, sich insgesamt auf einige wenige Forderungen zu beschränken. Die Zuspitzung hat den Sinn, Protest zu bündeln und konkrete Veränderungen möglich zu machen – weil für sehr viele Betroffene so das Schlimmste verhindert werden könnte und weil es viele Menschen zum Mitstreiten motiviert, wenn sich wirklich etwas verändert. Diese Kampagne muss eingebettet werden in die Arbeit an einem Alternativprogramm zur gegenwärtigen neoliberalen Wirtschaftspolitik.

Das ist notwendig, um dem Vorwurf, wir würden nur nein sagen, mit Alternativen entgegenzutreten und auch um eine glaubwürdige mittel- bis längerfristige Orientierung zu schaffen. In diesem Prozess müssen die verschiedenen am Bündnis beteiligten Gruppen und Organisationen mitwirken und ihre Vorstellungen und Interessen einbringen

## Die Vorbereitung

Die Vorbereitungsphase beginnt jetzt und zwar überall in den Betrieben, Gemeinden, Städten und Regionen. Dort wo schon Bündnisse oder Sozialforen bestehen, gilt es diese zu erweitern oder zu beleben und Kontakte zu intensivieren. Dort wo es noch keine solchen Strukturen gibt, gilt es persönliche Kontakte zu suchen und Zusammenkünfte zu organisieren.

Sammelt mögliche Termine / Anlässe / Akteure und Aktions- und Veranstaltungsformen, legt Verantwortlichkeiten fest und erarbeitet jeweils einen örtlichen Kampagnenplan.

Es geht um Information und Öffentlichkeitsarbeit, um Presse-Resonanz, um Mobilisierung von möglichst vielen Betroffenen und um deutlichen Druck auf die Bundestagsabgeordneten, unseren Forderungen nachzukommen.

Es wird auch eine Reihe bundesweiter Treffen geben, bei denen geplant, koordiniert und über die



weitere Zuspitzung beraten wird. Ein öffentliches ist die Attac-Sommerakademie (31.7.-5.8. in Dresden).

# Herbstkampagne 2004

## Der Auftakt

Der pressewirksame Start der Herbstkampagne soll der 18. und 19. September sein:

Am Samstag 18. September veranstaltet das Sozialbündnis Hessen einen Protesttag mit Demonstration, Kundgebung und Infomarkt in Frankfurt.

Am selben Abend beginnt unsere zweite bundesweite Aktionskonferenz, die am Sonntag, 19. September fortgesetzt wird. (Damit knüpfen wir an die Versammlung der 500 AktivistInnen am 17./18. November 2003 in Frankfurt-Bornheim an).

Bitte bringt dorthin Einschätzungen und Pläne aus euren Bündnissen, damit wir ein Bild bekommen vom Stand der Vorbereitungen und unseren Kräften.....

## Die Kampagne

Läuft etwa 8 Wochen in denen vielfältigste Aktivitäten entfaltet werden sollen und vor allem die Mobilisierung auf die Aktionstage intensiviert werden muss.

Es ist wichtig, dass betriebliche und außerbetriebliche Aktivitäten verzahnt werden, dass ihr voneinander wisst, aufeinander Bezug nehmt und gegenseitige Besuche organisiert!

(Z.B. ein Arbeitsloser berichtet beim Gottesdienst / ein Attaci referiert bei der Betriebsversammlung / eine Jugendvertreterin agitiert beim Diakonischen Werk...). So kann tragfähige gemeinsame Erfahrung entstehen.

30. Oktober ist "Weltspartag" – vom Runden Tisch der Erwerbslosen und von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitsloseninitiativen seit einigen Jahren zur Skandalisierung von Verteilungsfragen genutzt. Der kann gut einbezogen werden. Auch die Teilnahme und öffentliche "Berichterstattung" vom Europäischen Sozialforum in London (15.-17.10.)

kann motivieren.

Wer sich zivilen Ungehorsam, gewaltfreie Blockaden o.ä. zutraut, sollte zur Vorbereitung ein entsprechendes Aktions-training mit kompetenter und erfahrener Anleitung organisieren.

## Der nächste "Meilenstein": bundesweite Aktionstage

Um den 17. November herum sind bundesweit dezentrale Aktionstage geplant.

Der Mittwoch, 17.11. ist der Buß- und Betttag – ein Feiertag bis vor wenigen Jahren, den die ArbeitnehmerInnen für die Pflegeversicherung einbringen mussten; der Ausstieg aus der Parität.

Überall wo es möglich ist, sollte (im Sinne der Wiederaneignung) dieser Tag nicht mit Erwerbsarbeit, sondern mit politischer Aktion verbracht werden:

In und um Parteibüros, Banken, Ämtern, Rathäusern und wo sonst Verantwortliche für Sozial-

abbau zu treffen sind.

Wo überall es möglich ist, sollen zeitgleich Betriebsversammlungen oder "Betriebsausflüge" an solche Orte organisiert werden.

Es geht darum, eine neue Qualität von Protest und Entschlossenheit zu demonstrieren, die nachdrücklicher wirkt, als Infostand oder Kundgebung an einem Samstag auf einem beliebigen Marktplatz.

Vieles davon ist natürlich auch an aufeinander folgenden Tagen



möglich. Und alles hängt von der Dynamik, der Mobilisierung und der Akzeptanz der Akteure vor Ort ab.

## Die Nachbereitung

Nehmt euch Zeit für die Auswertung! Die soziale Bewegung muss weiter entwickelt werden und braucht eine Kultur der konstruktiven Reflektion, um den nächsten Schritt besser zu bewältigen....

Wir gehen davon aus, dass weitere Proteste, Aktionen, Massenmobilisierungen bevorstehen – vermutlich im ersten Quartal 2005 - um Arbeitszeitverlängerung zu verhindern. Und vergesst nicht zu feiern! Eure eigenen gelungenen Aktionen und – vielleicht – den einen oder anderen politischen Erfolg.

## Material und Unterstützung

Wir wollen ein bundesweites Kampagnenteam zusammen schieben, das mindestens Folgendes herstellen/sicherstellen soll:

- Homepage: [www.alle-gemeinsam-gegen-sozialen-kahlschlag.de](http://www.alle-gemeinsam-gegen-sozialen-kahlschlag.de) mit \* aktuellen Informationen zur Kampagne, Flugblattvorlagen, Links zu Argumentationsmaterial, Sammlung von Aktionsideen,
- \* Adressen von Aktions-trainerInnen
- \* Plakat + Flyer mit Eindrucksmöglichkeit
- \* Vorbereitung + Auswertung der Aktionskonferenz
- \* Überregionale Pressearbeit.

Spendenkonto  
Friedens- und  
Zukunftswerkstatt  
Verwendungszweck  
Herbstkampagne 2004  
Frankfurter Sparkasse  
1822 (BLZ 500 502 01)  
Konto-Nr. 2003 37 319

## Impressum:

Das Info des "Netzwerks Gewerkschaftslinker" erscheint vier mal jährlich. Beiträge sind erwünscht. Redaktionelle Kürzungen sind vorbehalten. Namentlich gezeichnete Beiträge verantworten die Autoren. V.i.S.d.P: Ewald Wehner, Bernd Riexinger, H.G.Lang, Theodor Bergmann.  
Kontaktadresse: Ewald Wehner, Paul-Gerhardt-Ring 15, 60528 Frankfurt/M.  
[ewald.wehner@t-online.de](mailto:ewald.wehner@t-online.de)

# Kampagnenplan - Herbstkampagne 2004

## Zentrale Termine

*Juni*  
17.6.-20.6.  
europaweite ESF-Vorbereitung  
Berlin

*Juli*  
03.7.  
Vorbereitungstreffen  
Aktionskonferenz, Frankfurt/Main  
  
17.7.+18.7.  
Vorbereitung SozialForum  
Frankfurt/Main

*August*  
31.7.-5.8.  
Attac-Sommerakademie, Dresden

*September*  
18.9. Aktionstag, Hessen  
18.9.-19.9. Aktionskonferenz,  
Frankfurt/Main

*Oktober*  
  
15.9.-17.9.: ESF in London  
  
30..9. "Weltspartag"

*November*  
  
  
17.+ X bundesweit  
dezentrale Aktionstage

*Dezember*  
4.-5. Friedensratschlag, Kassel  
  
*Januar*  
  
*Februar*  
  
*Sommer 05*

## Aktivitäten vor Ort

Örtliche / regionale Akteure und  
potentielle BündnispartnerInnen aktivieren

Gewerkschaften + BR, PR, JAV, Vertrauensleute /  
Wohlfahrtsverbände: Diakonie, Caritas, VdK, SoVD,  
Volkssolidarität, AWO,.... / Beratungsstellen / Jugend-  
treffs....  
Arbeitsloseninitiativen / Friedensruppen...  
Behinderten- und Selbsthilfegruppen / Ärzte /  
Frauenorganisationen, Jugendverbände /  
Kirchenleute: Pfarrer, KdA, EAN, ...  
Attac / linke Gruppen / MigrantInnen / ....  
"Promis" aus Kunst, Kultur, Wissenschaft, Politik...

Aktivitäten abstimmen und vorbereiten  
(örtliche / regionale Termine und Anlässe einbeziehen)

VertreterIn zur bundesweiten Aktionskonferenz

Viele Aktivitäten vor Ort – z.B.:

Betriebs-/ Personalversammlungen mit Gästen aus der  
Bewegung /  
Mails + Briefe + Besuche an/von MdBs  
Pressewirksame Infoaktionen (Straßentheater ....)  
Verteil-Teams (stecken Flyer in alle Briefkästen in einem  
Wohngebiet)  
Öffentliche Veranstaltungen  
Zeitungsanzeigen mit "Promis" oder "Du und ich"  
Plakatwände gestalten .....  
Aktionstrainings durchführen

Plakatieren + mobilisieren für Aktionstag(e)

Dezentrale Proteste und Aktionen – z.B.

"Wiederaneignung" des Buß- und Bet-Tages  
Besuche / Umzingelungen / "Inbesitznahmen" ...  
von Parteibüros, Banken, Ämtern, Rathäusern...  
öffentliche ökonomische Alphabetisierung + Suppenküchen  
Menschenketten / Menschenteppiche / .....

Feiern !

Auseinandersetzung um die Arbeitszeit  
(Kampf gegen Verlängerung)

.....?.....

Sozialforum in Deutschland

Vorbereitung Herbstkampagne 2004

Kampagne 2004

Perspektiven